

Volk-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt WkK

erschient täglich zweimal, Sonntags, Festtage und Montags einmal.
Abonnementpreise in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinz...

Filiale: Moritz, Kopenicker Str. 47-49, Wilmersd. Str. 1-3, Frankf. Allee 98, Frankfurt a. M.
F. 1. Müllerstr. 10, Berlin, K. 1. Köpenicker Str. 10, Berlin, K. 1. Köpenicker Str. 10, Berlin...

Noch keine Klärung der Lage.

Ablehnende Entente-Aeusserungen. — Frankreichs Programm. — Warnende Stimmen aus Bern und Madrid.

London, 28. April. (W. I. B.)

Reuter erklärt, daß die französische Regierung den französischen Vorschlägen in Washington aufgedreht hat, das Staatsdepartement davon in Kenntnis zu setzen, daß sie die letzten deutschen Vorschläge weder billigen noch in ihnen die Grundlage für ein mögliches Uebereinkommen erblicken könne.

Der belgische Minister des Aeusseren Jaxher hat dem Reuter mitgeteilt, daß Belgien den deutschen Vorschlag nicht einmal der Erwörterung wert halte. Im Unterhause erklärte Lord George, er bedauere sehr, daß die deutschen Reparationsvorschläge durchaus nicht zufriedenstellend seien. Es würden gegenwärtig mit den anderen Vorschlägen zugleich von den Finanzfachverständigen aller Alliierten sehr sorgfältig geprüft. Zur Frage der Wahrung des Weltfriedens erklärte der Oberste Rat, daß die Entscheidung des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag fallen könne.

Frankreichs These für London.

Um das Aushandeln.

Paris, 28. April. (W. I. B.)

Verlässlichen Informationen zufolge wird Frankreich auf der Konferenz der Alliierten seinen Standpunkt dahin zusammenfassen, daß eine Befestigung des Ruhrgebietes nur dann unterbleiben könne, wenn Deutschland seine aus dem Artikel 235 des Friedensvertrages hervorgehenden Verpflichtungen der vollständigen Zahlung von 12 Milliarden Goldmark anerkenne und dieser Verpflichtung unerschütterlich nachkomme. Alle anderen Vorschläge seien für Frankreich inakzeptabel.

„Deuxième“ und „Génère Paris“ meinen, daß man Deutschland bereits in Baden eine neue für die Aufnahme der alliierten Truppen im Ruhrgebiet. Den zuständigen Stellen wird bemerkt, daß diese Bedingungen jeder Grundlage entbehren.

Paris, 28. April. (W. I. B.)

Die Minister tagten heute morgen unter dem Vorsitz Villerauds im Elysée. Briand unterrichtete seine Kollegen über den

Stand der auswärtigen Angelegenheiten und über die Bedingungen, unter denen er auf der Londoner Konferenz die Aufhebung der französischen Regierung vertreten werde. Warshall Joffre ist heute mittag nach London abgereist.

Rom, 28. April.

Graf Sforza ist heute nachmittag nach London abgereist.

Die Bedenken der Unbeteiligten.

Gegen Versailles.

Madrid, 28. April. (W. I. B.)

„Ab“ bringt unter der Überschrift „Das deutsche Gold“ einen scharfen Artikel gegen das französische Verlangen nach Auslieferung der Goldreserven der Reichsbank. Es nennt dieses Verlangen die einzige Kontrahierung, die nicht im Friedensvertrag enthalten sei, und betont den bedeutenden Schaden, den die Neutralen durch den Wegfall der Goldgarantie in Folge weiterer Entwertung der Marktwaluta erleiden würden. „Ab“ veröffentlicht einen Aufruf katholischer Arbeiter an die gesamte katholische Arbeitererschaft der Welt gegen die Abänderung des Versailler Vertrages.

Bern, 28. April. (W. I. B.)

In der Schweizer Presse mehren sich die Stimmen, nach denen die zentrale Aktion im Wahlsystem ein außerordentlich gefährlicher und vernünftiger Schritt ist. Es wird auch ausgeführt, daß das neue Angebot bedeutend weiter geht als das Londoner Angebot. Die Hauptfrage ist aber, was Amerika zu tun gedenke. In dieser Hinsicht wäre nach dem neuen formulierten Vorgehen Frankreichs scharfe Opposition mache. Die „Basler Nachrichten“ erklären, daß die deutschen Vorschläge auf jeden Fall der Erwörterung wert seien. Frankreich wolle aber nicht mehr verhandeln, sondern ins Ruhrgebiet einmarschieren und auf dem europäischen Kontinent das französische Rohlenmonopol errichten. Damit würden alle Neutralen, die auf deutsche Rohle angewiesen sind, für Frankreich in Kontribution geraten, um die deutschen Schäden zahlen zu helfen. Niemand habe ein Interesse daran, daß durch den Einmarsch ins Ruhrgebiet der Weltfrieden, der endlich erreicht ist, wieder völlig in Frage gestellt werde, wenn Frankreich gegen die Interessen Englands, Amerikas und der ganzen Weltöffentlichkeit eine präsumptivöse Abkehrung der deutschen Vorschläge durchsetzen will.

Eine neue Rede Simons'.

Die Ausführungen Stretemanns. — Graf Bernstorff über die Außenpolitik.

Der Reichstag hat gestern die außenpolitische Aussprache zu Ende geführt. Von besonderer Bedeutung war nur die Rede des demokratischen Abgeordneten Grafen Bernstorff, des früheren deutschen Botschafters in Washington. Sie dürfte, sofern noch eine Hoffnung vorhanden ist, in ihrer Wirkung eine wertvolle Unterstützung der eingeleiteten Vermittlungsaktion sein. Der Volksparteiler Stresemann begriff die Verantwortung seiner Fraktion als Regierungspartei. Ob er freilich die von seinem Fraktionsgenossen v. Bernser eingeworfenen Fensterstößen wieder begehen will, steht noch dahin. Zwischen durch nahm Dr. Simonis noch einmal das Wort, um über den neuesten Stand der Dinge sich auszulassen und sich erneut zu rechtfertigen. Bei der Rede des Unabhängigen Lebehour befamen einige deutschnationale Abgeordnete Mutanfälle. Dr. Reils Ordnungsrufe mußten abfäulend wirken.

Der Sitzungsbereich.

Eine in der getriggen Sitzung des Reichstages die außenpolitische Debatte fortgesetzt wurde, kam ein Gesetzentwurf der Reichstagskommission über die Verleihung der Reichsritterwürde. Abg. Bur-lage (Zent.) betonte die Notwendigkeit, die Verleihungen nach vor dem 1. Mai vorzunehmen, damit die Goldausgabe bis zum 1. Oktober verboten bleibe. Der Entwurf wurde in allen drei Lesungen genehmigt, Sodann erhielt das Wort der

Abg. Stresemann (D. Sp.):

Wie Deutschland einen geschlagenen Feind behandeln hat, zeigt das Jahr 1871. Im Winter den Franzosen gelinde behandelt hat. Frankreich dagegen, das den Wehlohn noch mit Füßen tritt, kann nicht mehr den Ruhm als zivilerisierte Nation in Anspruch nehmen.

Reiner Späherd alsbald den Frieden von West-Flandern und die Bundesfreiheit. Die vier Alliierten einmütig, und hielt den den Zwangsfrieden von Versailles gegenüber. Die Hoffnung der Sozialisten auf die Internationalen ist fehlerhaft, es sind wohl Versuche gemacht worden, hier etwas zu erreichen, aber alles war vergeblich. Die Zensur der Presse geht aber alles was vergeblich. Die Zensur der Presse geht aber alles was vergeblich. Die Zensur der Presse geht aber alles was vergeblich.

Wir sind nicht mit allen Einzelheiten des Entwurfs der Regierung einverstanden. Speziell hätten auch wir eine rechtzeitige Fühlungnahme mit dem Volke gewünscht.

Im allgemeinen billigen wir aber den Schritt der Regierung, wir hätten nur gewünscht, daß bei der Note mehr die augenblickliche Konstellation gewürdigt, als ein Erfolg von den Reichstagskommissionen des Präsidenten hergeleitet worden wäre.

Das unerklärliche Rechtsbetrüben des Ministers in Ehren, aber ob es dem Ausland gegenüber angebracht ist, erscheint mir zweifelhaft. Es wäre viel gewonnen, wenn sich die Führer des internationalen Sozialismus in Deutschland von dem einen Standpunkt aus verständlich machen würden, wenn zum Beispiel die Herren Sinnes und Voucheur sich an den Verhandlungstisch setzten, dann könnte die aus den Frauen geratene Weltwirtschaft wieder einigermassen werden. Nirgends ist ein glücklicher Fehler, aber auch jetzt hat die Schwere der Verantwortung zu verhängen, die eine große Partei in der schwersten Zeit des Vaterlandes übernommen hat, dahin, aus parteipolitischen Erwägungen ihr den Fragen umzudrehen und Kapital zu schießen für die nächsten Wahlen.

Minister Simons

Daß dem Vorredner, dessen Ausführungen schon vieles seiner hochbedingten Antwort vorweg genommen hätten. Er habe in London nicht gegen das Schuldverkenntnis Protest erhoben können, weil die Entente dieses Erkenntnis so förmlich in Händen habe und ein etwaiger reiterativer Erfolg habe die Gefahren schwerer Entscheidungen für das deutsche Volk bedeutet. Er habe aber den deutschen Standpunkt zur Schuldfrage schriftlich fixiert. Es wird das Bestreben der deutschen Regierung sein, die Fremden Rechte zu öffnen und dann die Schuldfrage unter neutraler Kontrolle zu stellen zu lassen. Der Vorwurf, daß die Regierung zu wenig Verantwortungsübernehmer ist, geht nicht an. Unter dieser Note ist demütig, ist mir kein Beweis erbracht worden. Wir sind bemüht gewesen, der Fische der Gelegenheit gerecht zu werden, uns macht man uns das auch zum Vorwurf. Ein Vorwurf der deutschen Öpre ist in dem Schlußspruch, daß Frankreich sich schon insoweit mit der deutschen Industrie ins Benehmen setzen. Unsere wirtschaftliche Existenz ist allem imstande, Frankreich zu helfen.

Demgegenüber sage ich, daß ich zu lange zurück bin, um für die Politik der alten Schule in Frage zu kommen, ich stehe auf dem Standpunkt unbedingten Verantwortungsübernehmens. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir doch noch zu Verhandlungen kommen werden, freilich muß hier der Gerechtigkeitsgedanke mehr als bisher berücksichtigt werden.

Wie die Franzosen bei den Reparationen rechnen, wird bewiesen dadurch, daß unsere Sachverständigen die Forderung von 170 Milliarden auf 122 Milliarden zurückzuführen konnten, um jeder der 12

Die bedingte Strafvollstreckung der Sondergerichte.

Ein Erlass des Reichsjustizministers.

Berlin, 28. April. (W. I. B.)

Unter dem 24. ds. ist folgender Erlass des Reichspräsidenten über die bedingte Aussetzung der Strafvollstreckung erlassen.

Der Reichsminister der Justiz kann die außerordentlichen Gerichte, die auf Grund der Verordnung vom 29. März 1921 (Reichsgesetzbl. S. 371) gebildet worden sind, ermächtigen, die Vollstreckung gerichtlicher Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten unter Zustimmung einer Bewährungsfrist auszusprechen, bedingte bedingte Strafverurteilung zu widerrufen und Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten sowie Geldstrafen, zu deren Erlass solche Freiheitsstrafen festgesetzt sind, nach Ablauf der bewilligten Bewährungsfrist zu erlassen.

Der Reichsminister der Justiz kann ferner für den Fall, daß die Tätigkeit eines außerordentlichen Gerichts endet, mit Zustimmung der zuständigen Landesjustizverwaltung die ordentlichen Gerichte ermächtigen, in dem im Abs. 1 angegebenen Umfang bedingte Strafverurteilung zu bewilligen, die von einem außerordentlichen oder ordentlichen Gerichte bedingte bedingte Strafverurteilung zu widerrufen und die Strafe nach Ablauf der Bewährungsfrist zu erlassen.

Der Reichsminister der Justiz hat darauf am 27. dieses Monats folgende Verfügung erlassen: Auf Grund des Erlasses des Reichspräsidenten vom 24. April 1921 ermächtige ich die außerordentlichen Gerichte, die auf Grund der Verordnung vom 29. März 1921 (Reichsgesetzbl. Seite 371) gebildet worden sind, die Vollstreckung gerichtlicher Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten unter Zustimmung einer Bewährungsfrist auszusprechen, bedingte bedingte Strafverurteilung zu widerrufen und Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten sowie Geldstrafen, zu deren Erlass solche Freiheitsstrafen festgesetzt sind, nach Ablauf der bewilligten Bewährungsfrist zu erlassen. Es ist bis 17 der Allgemeinen Verfügung des preussischen Justizministers über die bedingte Aussetzung der Strafverurteilung vom 19. Oktober 1920 (Preussisches Justizministerialblatt Seite 564) hind entsprechend anzuwenden; an die Stelle des preussischen Justizministers tritt der Reichsminister der Justiz. Erachtet das Gericht die Aussetzung der Strafverurteilung in einem Fall für angezeigt, in welchem es zu ihrer Bewilligung nicht ermächtigt ist, so ist § 18 der Allgemeinen Verfügung des preussischen Justiz-

ministers über die bedingte Aussetzung der Strafverurteilung vom 19. Oktober 1920 entsprechend anzuwenden. Wo ein Beauftragter für Strafsachen nicht befehligt, tritt die Anklagebehörde an seine Stelle.

Der Streik der englischen Bergarbeiter.

Das Angebot der Regierung abgelehnt.

London, 28. April.

Die Bezeichnung der Vertreter der Bergarbeiter und der Regierung dauerte heute den ganzen Tag. Jetzt wird mitgeteilt, daß die Regierung die von der angeblichen Unterhaltungsleiter von 7½ Millionen auf zehn Millionen erhöht hat.

Die Bergarbeiter haben das Angebot der Regierung abgelehnt.

Das neue Finanzere Abenteurer.

Safasienuntaten auch in Mittelitalien.

Trieste, 28. April. (Siefent)

Gestern haben sich die Safasien von Trieste des Katholikhauses bedient und ein vorläufiges Direktorium unter dem Vorhild des ehemaligen Bürgermeisters Gigante als Regierungsgewalt eingesetzt. Gigante erklärt, daß der Kommandant der Garabineri von Trieste alle Verantwortung übernehme. Drei an die Bevölkerung gerichtete Aufrufe wurden veröffentlicht, in denen insbesondere die Wahlen vom 24. als nötig erklärt wurden. Ein Zug bewegte sich unter Hochrufen auf Italien und d'Annunzio durch die Straßen. Die Stadt ist ruhig. Nach Mitternacht wurde nachmittags der italienische Delegierte „amtlich“ von der erfolgten Proklamtion in Kenntnis gesetzt.

Rom, 28. April. (W. I. B.)

Wie die Blätter melden, haben gestern Safasien die Arbeitsinsammler sowie die Bureaus anderer sozialistischer Einrichtungen in Triest (Verdingvertrag) in Brand. Zum Schaden des Reiches taten die Arbeiter in den Straßen, Hochrufen und anderen Schriften in den Zustand. Safasien suchte die Umgebung von Triest heim und überfiel die Verfallungsstelle der Sozialisten in Marmore, Biberiana und Papierno.

Turin, 27. April. (W. I. B.)

Die Arbeitergewerkschaften haben beschlossen, die Arbeit von Mittwoch an wieder aufzunehmen. Die Eisenbahnen haben die Arbeit schon am 24. ds. wieder aufgenommen.